

Niederschrift über die Sitzung des Seniorenrates vom 25. September 2015

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Anerkennung der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31. Juli 2015
- TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 5 Der Seniorenrat informiert
- TOP 6 Beschluss der Sitzungstermine 2016
- TOP 7 Vorstellung und Aufgaben des Sozialpsychiatrischen Dienstes des
Gesundheitsamtes Düsseldorf
Referentinnen: Frau Melville-Drewes und Frau Stapper
- TOP 8 Berichte aus den Stadtbezirken, Arbeitskreisen und Ausschüssen
- TOP 9 Verschiedenes/Bürgerfragestunde

Anwesenheitsliste

Stimmberechtigte Mitglieder

Vertreterinnen und Vertreter der Stadtbezirke

Frau Utke	Stadtbezirk 1
Herr Pfennig	Stadtbezirk 2
Frau Dr. Hümmerich-Terhorst	Stadtbezirk 3
Herr Breimeyer	Stadtbezirk 3
Frau Theuringer	Stadtbezirk 4
Frau Schneider	Stadtbezirk 5
Herr Jungbluth	Stadtbezirk 6
Frau Sader	Stadtbezirk 6
Frau Meister	Stadtbezirk 7
Herr Döring	Stadtbezirk 7
Herr Oehme	Stadtbezirk 8
Herr Pilis	Stadtbezirk 8
Herr Becker	Stadtbezirk 9
Frau Dr. Hoppe-Treutner	Stadtbezirk 9
Frau Ripper	Stadtbezirk 10

Vertreterinnen und Vertreter aus stationären Einrichtungen eines Verbandes der freien Wohlfahrtspflege (Bewohnerbeirat)

Frau Stöckelmaier	Diakonie
Herr Kloke	Deutsches Rotes Kreuz

Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen

Herr Egbers	CDU
Frau von Dechend	CDU
Ratsfrau Leibauer	SPD
Frau Hartmann	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Suciu-Sibianu	FDP
Herr Dr. Schoell	Die Linke
Herr Behrendt	Tierschutzpartei / Freie Wähler

Beratende Mitglieder

Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände

Frau Schneider	Caritasverband
Frau Kreft	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Loskamp	Der Paritätische
Herr Mayer	Arbeiterwohlfahrt
Herr Maus	Diakonie

Integrationsrat

Herr Lissin

Herr Eichelberg

Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung

Herr Hintzsche

Beigeordneter

Herr Dr. Sanders

Büro Oberbürgermeister

Herr Angermann

Sozialdezernat

Herr Buschhausen

Amt für soziale Sicherung und Integration

Herr Dölling

Amt für soziale Sicherung und Integration

Frau Funda

Amt für soziale Sicherung und Integration

Herr Wagner

Amt für soziale Sicherung und Integration

Gäste / Referentinnen

Frau Melville-Drewes

Gesundheitsamt Düsseldorf

Frau Stapper

Gesundheitsamt Düsseldorf

Frau Kersting

Jugendamt Düsseldorf

Entschuldigt

Frau Pacholski

Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Herr Meier

Stadtbezirk 2

Herr Grass

Stadtbezirk 5

Herr Wieske

Stadtbezirk 10

Ratsfrau Goldberg-Hammon

SPD-Ratsfraktion

Frau Ruhland

Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Klahold

FDP-Ratsfraktion

Herr Brajovic

Ratsfraktion Die Linke

Frau Lucas

Sana Kliniken Düsseldorf GmbH

Frau Kroll

Caritasverband

Frau Schnütgen

Alloheim

Herr Wienß

Diakonie

TOP 1

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Jungbluth begrüßt die anwesenden Mitglieder des Seniorenrates, Gäste und Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung. Er heißt Frau Melville-Drewes und Frau Stapper als Referentinnen der heutigen Sitzung herzlich willkommen, entschuldigt Abwesende und stellt die Beschlussfähigkeit des Seniorenrates fest.

TOP 2

Anerkennung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Seniorenrates erkennen die Tagesordnung einstimmig an.

TOP 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31. Juli 2015

Herr Eichelberg bittet in die Anwesenheitsliste aufgenommen und aus der Liste der entschuldigten Personen gestrichen zu werden, da er an der Sitzung im Juli 2015 teilgenommen habe.

Das Protokoll der Sitzung vom 31. Juli 2015 wird mit dieser Richtigstellung einstimmig angenommen.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Hintzsche weist auf die Aktionswochen Demenz 2015 hin. Es bestehe noch bis zum 30. September 2015 die Möglichkeit, sich über das Krankheitsbild zu informieren und Unterstützungsmöglichkeiten kennenzulernen. Für weitere Informationen liege die Broschüre im Eingangsbereich aus.

Zu diesem Thema bestehe auch die Möglichkeit, sich im Demenz-Servicezentrum über regelmäßig stattfindende Angebote zu informieren.

TOP 5

Der Seniorenrat informiert

Frau Schneider weist auf die Auftaktveranstaltung des „Kulturherbstes 2015“ hin, die am Sonntag, den 27. September, ab 15 Uhr im Ibachsaal des Stadtmuseums stattfindet. Unter dem Motto des diesjährigen Kulturherbstes „Frankreich“ sei auch der Generalkonsul aus Frankreich eingeladen.

Herr Jungbluth macht auf die Messe „RehaCare“ aufmerksam; dort präsentiert sich der Seniorenrat gemeinsam mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung. Die Messe findet in der Zeit vom 14. bis zum 17. Oktober auf dem Gelände der Messe Düsseldorf statt.

Abschließend gibt Herr Jungbluth noch zwei Veranstaltungstermine der Volkshochschule Düsseldorf bekannt:

- „Erben und Vererben“
Vortrag der Stadtparkasse Düsseldorf am Donnerstag, den 22. Oktober, in der Zeit von 15 bis 18 Uhr
- Vorstellung des Sachgebietes „Seniorenhilfe“ des Jugendamtes am Mittwoch, den 18. November, in der Zeit von 15 bis 18 Uhr
Referent: Herr Maug, Jugendamt Düsseldorf

TOP 6

Beschluss der Sitzungstermine 2016

Die Sitzungstermine der öffentlichen beziehungsweise internen Sitzungen 2016 des Seniorenrates werden einstimmig angenommen.

Die Termine sind als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt

TOP 7

Vorstellung und Aufgaben des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes Düsseldorf

Referentinnen: Frau Melville-Drewes und Frau Stapper

Frau Melville-Drewes, Sozialpsychiatrischer Dienst des Gesundheitsamtes Düsseldorf, stellt sich vor und gibt mit ihrem Vortrag einen Einblick in den Bereich der sozialpsychiatrischen Hilfen des Gesundheitsamtes.

Sie teilt mit, dass 33,3 Prozent der Bevölkerung in Deutschland innerhalb eines Jahres unter einer behandlungsbedürftigen Störung leide, davon würde ein Drittel chronisch verlaufen. Das Gesundheitsamt biete Hilfen für schwer chronisch erkrankte Menschen an. Die Häufigkeit schwerer psychischer Erkrankungen mit komplexem Hilfebedarf, die das Regelsystem nicht für sich nutzen können, liege nach Studien bei circa 2,55 Betroffenen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner; auf die Einwohnerzahl von Düsseldorf hochgerechnet wären das circa 1.500 schwer psychisch kranke Menschen.

Des Weiteren gibt sie an, dass der Psychiatrische Dienst sich in den Sozialpsychiatrischen Dienst mit der vorsorgenden, begleitenden und nachversorgenden Einzelfallhilfe und das Sozialpsychiatrische Zentrum mit dem Schwerpunkt Rehabilitation gliedere.

Frau Melville-Drewes stellt die verschiedenen Formen der psychischen Erkrankungen wie Demenz, Suchtproblematik, Depression und Schizophrenie vor. Sie weist darauf hin, dass durch die Erkrankungen alle Fähigkeiten der Menschen beeinträchtigt würden.

Die Erkrankung führe zu schweren sozialen und gesundheitlichen Problemen der betroffenen Menschen. Die Betroffenen würden oft keine Arztbesuche mehr vornehmen, verwairsten in der Wohnung oder kämen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nach. Des Weiteren wäre häufig Altersarmut eine Begleiterscheinung.

Frau Melville-Drewes stellt die gesetzlichen Arbeitsgrundlagen des Psychiatrischen Dienstes vor und gibt an, dass im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen und im Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten auch die Beratung und Hilfsvermittlung von Angehörigen

gen explizit aufgeführt seien, da auch diese von den Folgen der Erkrankung betroffen seien.

Sie teilt mit, dass das Gesundheitsamt aufsuchende Hilfe anbiete und dies für den zuvor beschriebenen Personenkreis besonders wichtig sei. In den Gesprächen würde versucht zu erreichen, dass die Personen die nötigen Hilfsmaßnahmen in Anspruch nehmen.

Des Weiteren würde versucht, die Menschen wieder in das Berufsleben zu integrieren; hierfür sei eine Tagesstruktur sehr wichtig. Es müsse auf eine möglichst wohnortnahe Hilfe geachtet werden, da eine räumliche Veränderung zu einer weiteren Verschlechterung des Gesundheitszustandes führen könne.

Ein Erstkontakt würde häufig durch Angehörige, die Polizei oder auch Hausärztinnen oder Hausärzte zustande kommen.

Die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes erfolge stadtteilbezogen. Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeite interdisziplinär, was eine komplexe Sichtweise in der Fallbearbeitung ermöglicht. Frau Melville-Drewes gibt an, dass darauf hingearbeitet werde, dass die Betroffenen sich freiwillig in Behandlung begeben. Als letztes Mittel sei die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung möglich.

Eine Zwangsunterbringung könne nur in eine psychiatrische Klinik erfolgen, eine angeordnete Einweisung in ein Allgemeinkrankenhaus sei ausgeschlossen.

Frau Melville-Drewes zeigt auf, dass die Sozialpsychiatrie sich in einem Spannungsfeld von Kontrolle und Hilfe bewegen würde. Eine Handlungsmöglichkeit bestehe nur, wenn eine unmittelbare Gefahr von Personen bestünde. Es müsse Klarheit darüber herrschen, dass manche Menschen bestimmte Lebensformen wählen würden, die für andere nicht vorstellbar wären. Es müsse auch der mögliche Schaden einer Zwangsunterbringung für den Betroffenen individuell abgewogen werden.

Abschließend weist Frau Melville-Drewes darauf hin, dass zum Thema Alterseinsamkeit viele Studien vorliegen würden; sie zeigt Wege auf, die aus der Alterseinsamkeit führen könnten. Alterseinsame Menschen könnten jedoch häufig die Hilfsangebote nicht nutzen, weil sie misstrauisch seien oder die Fähigkeit verloren hätten, Kontakte zu knüpfen. Hilfreich wären hierbei sogenannte „Brückenpersonen“ wie Verwandte oder Nachbarn, die an die Hilfsmöglichkeiten heranzuführen oder als Begleiterinnen oder Begleiter zur Verfügung stünden.

Auf Nachfrage der Seniorenratsmitglieder und aus dem Publikum nimmt sie zu folgenden Themenbereichen Stellung:

Jeder Mensch hätte das Recht auf „unvernünftige“ Entscheidungen. Die Rechte der Betroffenen seien in der Vergangenheit weiter gestärkt worden; dieses hätte den Effekt, dass es schwieriger sei, Hilfen gegen den Willen zu leisten.

Eine Zwangsbehandlung in der Psychiatrie sei selten möglich, da sich die Rechtsprechung geändert hätte. Diese Tatsache mache die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes schwierig, wenn auf dieser Seite ein Klinikaufenthalt als notwendig angesehen würde, die Richterin oder der Richter die Maßnahme jedoch ablehne.

Frau Melville-Drewes gibt an, dass derzeit vom Sozialpsychiatrischen Dienst in Düsseldorf etwa 3.000 Personen betreut würden. 400 Personen hätten sich selbst an den Dienst gewandt, die restlichen Patientinnen und Patienten wären von Polizei, Seniorenhilfe des Jugendamtes, Ärztinnen und Ärzten, Vermieterinnen und Vermietern, Arbeitgebern oder auch Geldinstituten gemeldet worden. Eine Meldung müsse immer auch schriftlich erfolgen.

Auf die Frage, wie man selbst verhindern könne, dass man erkrankt, gibt Frau Melville-Drewes an, dass die Psychiatriekoordinatorin regelmäßig Vorträge in der Volkshochschule Düsseldorf (VHS) organisieren würde, wo Empfehlungen und Informationen hierzu gegeben würden. Ein wichtiger Aspekt sei Bewegung, weil diese Stress abbauen würde. Des Weiteren sei hilfreich, wenn man sinnvolle Aufgaben hätte. Außerdem sei ein strukturierter Tagesablauf wichtig.

Herr Jungbluth gibt an, dass der Sozialpsychiatrische Dienst bisher bei Kenntnissnahme von Patientinnen oder Patienten durch Mitglieder des Seniorenrates immer gute Hilfestellung gegeben hätte.

Frau Melville-Drewes gibt zu bedenken, dass in der Bundesrepublik viele stationäre Betten für psychisch Erkrankte zur Verfügung stehen, jedoch zu wenig ambulante Hilfen angeboten würden.

Derzeit würden in Düsseldorf Wartezeiten von sechs Monaten bis zu einem Jahr für eine ambulante therapeutische Behandlung bestehen. Um diese zu überbrücken, biete das Gesundheitsamt eine Therapieberatung an. Des Weiteren könnten über das Kostenerstattungsverfahren bei den Krankenkassen Therapeutinnen oder Therapeuten beauftragt werden, die keine Zulassung hätten. Die Krankenkassen würden jedoch Nachweise einfordern, dass bei zugelassenen Therapeutinnen oder Therapeuten kein zeitnaher Termin zu erhalten wäre. Eine weitere Möglichkeit wäre die Institutsambulanz oder das Psychosoziale Zentrum der Rheinischen Landes-klinik, die zur Überbrückung vielfältige Angebote im multiprofessionellen Team aus Ärztinnen und Ärzten, Psychologinnen und Psychologen, Kreativtherapeutinnen und Kreativtherapeuten, Musiktherapeutinnen und Musiktherapeuten, Tanztherapeutinnen und Tanztherapeuten, Bewegungstherapeutinnen und Bewegungstherapeuten sowie Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten anbieten können.

Die Präsentation von Frau Melville-Drewes ist der Niederschrift als Anlage 2 beige-fügt.

TOP 8

Berichte aus den Stadtbezirken, Arbeitskreisen und Ausschüssen

Stadtbezirk 1

Frau Utke berichtet über ihren Antrag, die Friedhofskapelle des Nordfriedhofs akustisch zu vermessen und die Ergebnisse anschließend zu nutzen, um die Kapelle so akustisch auszustatten, dass Schwerhörige in allen Bereichen der Kapelle zukünftig gut hören können. Es habe dazu ein Treffen mit dem Vorsitzenden des Deutschen Schwerhörigenbundes gegeben.

Stadtbezirk 2

Herr Pfennig gibt an, dass eine Bürgerin sich an ihn gewandt hätte, da sie aufgrund des Einbaus neuer Fenster und der Balkontüre den Balkon nicht mehr betreten könne, da dort eine höhere Türschwelle eingebaut wurde. Es wurde ihr empfohlen, sich diesbezüglich an den Hauseigentümer zu wenden.

Stadtbezirk 4

Frau Theuringer gibt bekannt, dass im Stadtbezirk ein Wohnprojekt am „Heerdter Krankenhaus“ entstehe, in dem unter anderem 50 öffentlich geförderte und zwei für an Demenz Erkrankte Wohnungen gebaut würden.

Stadtbezirk 5

Frau Schneider teilt mit, dass Herr Professor Dr. Klenzner von der Hals-Nasen-Ohren-Klinik des Universitätsklinikums Düsseldorf am Mittwoch, den 4. November, um 15 Uhr im Rathaus Kaiserswerth einen Vortrag zum Thema „Schwerhörigkeit im Alter“ halte.

Stadtbezirk 6

Frau Sader gibt an, dass die im Stadtbezirk durchgeführte Bürgersprechstunde des Seniorenrates sehr gut besucht worden sei.

Stadtbezirk 7

Herr Döring macht darauf aufmerksam, dass in Knittkuhl und Hubbelrath keine Einkaufsmöglichkeiten bestünden und dringend eine Verbesserung der Situation herbeigeführt werden solle.

Die Einrichtung von zusätzlichem Einzelhandel auf der Dreherstraße sei eine positive Entwicklung für den Stadtbezirk, die Umsetzung und Realisierung des Bauvorhabens hätte allerdings sehr lange gedauert.

Abschließend weist Herr Döring darauf hin, dass sich zum Thema Einzelhandelskonzept ein Arbeitskreis im Seniorenrat gebildet habe.

Stadtbezirk 8

Herr Oehme gibt an, dass auf der Heidelberger Straße in Eller Zelte für 400 Flüchtlinge aufgebaut würden; die Verweildauer solle drei Monate betragen. Es handele sich überwiegend um jüngere Personen. Er äußerte sich dahingehend kritisch, dass es für ehrenamtlich tätige Helferinnen und Helfer aufgrund gesetzlicher Vorgaben manchmal schwierig sei, Hilfe zu leisten. So sei zum Beispiel für die Ausgabe von Lebensmitteln ein Gesundheitszeugnis zwingend vorgeschrieben.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass am Sonntag, den 27. September, auf dem Gertrudisplatz der Seniorentag des Stadtbezirks stattfindet.

Stadtbezirk 9

Frau Dr. Hoppe-Treutner regt an, dass die Informationspolitik der Stadtverwaltung bezüglich der Unterbringung der Flüchtlinge verbessert werden solle. Anlass sei ein heutiger Pressebericht, dass in dem Wohnprojekt Hospitalstraße Flüchtlinge untergebracht werden sollen, obwohl dieses bisher von der Verwaltung so bisher nicht mitgeteilt worden sei.

Herr Buschhausen bittet in diesem Zusammenhang um Verständnis. Der Krisenstab der Stadt Düsseldorf bezüglich der Unterbringung der Flüchtlinge treffe jeden zweiten Tag zusammen. In konkreten Fällen müsse oft sehr kurzfristig entschieden werden, wo Flüchtlinge nach einem stationären Krankenhausaufenthalt untergebracht werden könnten, die aufgrund der Erkrankung nicht in eine reguläre Einrichtung entlassen werden könnten. Hier werde kurzfristig auf Gebäudeteile des ehemaligen Benrather Krankenhauses zurückgegriffen, die aufgrund der baulichen Gegebenheiten für solche Unterbringung geeignet seien.

Herr Becker weist darauf hin, dass das ehemalige Verwaltungsgebäude der Firma „Marbert“ im Reisholzer Hafen seit Jahren leer stehe und für die Aufnahme von Flüchtlingen geprüft werden könne.

Herr Buschhausen nimmt den Hinweis auf und wird diesen an die Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Düsseldorf weiterleiten. Gleichzeitig regt er erneut dazu an, leerstehende Gebäude, die für die Aufnahme in Frage kämen, an die entsprechende Stelle zu melden.

Frau Dr. Hoppe-Treutner berichtet, dass der Entwurf zum „Rahmenplan Einzelhandel“ in der Bezirksvertretung 9 vorgestellt wurde. Es gebe einen Trend zu einer Konzentration von wenigen überregionalen Lebensmittelketten mit immer größer werdender Verkaufsfläche. Kleinere Geschäfte in den Stadtteilen hätten kaum noch eine Überlebenschance. Es stelle sich die Frage, ob die Stadtverwaltung Einfluss nehmen könne, dass ältere Bürgerinnen und Bürger weiterhin die Möglichkeit hätten, möglichst innerhalb einer Entfernung von 500 Metern vom Wohnort Lebensmittel einzukaufen. Der Beitrag regte eine Diskussion innerhalb der Seniorenratsmitglieder an. Es wurde überlegt, ob die Stadt Existenzgründungsdarlehen an Kaufleute geben könne, damit diese Lieferwagen anschaffen können, die die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen sicherstellen können.

Herr Becker gibt an, dass in Düsseldorf-Benrath ein Einzelhändler die gleichen Gebühren für die Auslagen vor dem Geschäft zahlen müsse wie im Innenstadtbereich und bittet daher darum, ob die Stadtverwaltung hier nicht finanzielle Erleichterungen anbieten könne.

Frau Leibauer erläutert daraufhin, dass es in Düsseldorf zwei Zonen für die Gebührenerhebung bei Außenauslagen gäbe und in den Außenbezirken nur etwa die Hälfte an Gebühren gefordert würde.

Des Weiteren gibt sie zu bedenken, dass das Einzelhandelskonzept notwendig sei, um einer gerichtlichen Prüfung standzuhalten, sofern ein Konzern gegen die Ablehnung eines Bauantrags gerichtliche Schritte einleiten würde. Die Stadt Düsseldorf möchte mit dem Konzept Einfluss darauf nehmen, dass der Einzelhandel dort errichtet wird, wo er gebraucht wird und nicht auf Großflächen in den Außenbezirken.

Mehrere Seniorenratsmitglieder weisen darauf hin, dass ein positiver Aspekt kleinerer Versorger in den Stadtteilen auch die soziale Komponente sei, da dort Kontakte der Bürgerinnen und Bürger zustande kommen würden. Abschließend weist Herr Jungbluth darauf hin, dass das Thema in der internen Sitzung des Seniorenrates am 13. Oktober erneut aufgegriffen wird. Hierzu seien zwei Mitarbeiterinnen des Stadtplanungsamtes eingeladen.

Arbeitskreis Bildung und Kultur

Herr Pfennig gibt bekannt, dass er in der Stadtbezirkskonferenz des Stadtbezirks 2 auf den gemeinnützigen Verein „Kulturliste Düsseldorf“ aufmerksam wurde, der sich zur Aufgabe gemacht hätte, Bürgerinnen und Bürger Kultur näher zu bringen. Es würde eine bestimmte Anzahl von Freikarten zum Besuch von Veranstaltungen oder Ausstellungen zur Verfügung gestellt; Kontakt könne über die Adresse „kulturliste-duesseldorf.de“ aufgenommen werden.

Arbeitskreis Wohnen

Frau Theuringer teilt mit, dass dieses Jahr noch zwei Termine stattfänden, in denen mit den Bewerberinnen oder Bewerbern der Wohnungen für das Wohnprojekt „Moorenplatz“ über die weitere Planung gesprochen werde.

Frau Utke berichtet, dass die Planungen für das Wohnprojekt „Ulmer Höh“ gut voranschreiten. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt sei sehr gut.

Arbeitskreis Sicherheit

Aufgrund der Planungen der Stadt Düsseldorf Kosten einzusparen, bittet Herr Mayer darum, dass das Friedhofsmobil über die Befristung von einem Jahr weiterhin angeboten und nicht eingespart wird.

Arbeitskreis Generationen

Herr Pfennig gibt bekannt, dass am 15. September eine Stadtführung für ältere Migrantinnen und Migranten unter dem Titel „Düsseldorf im Wandel der Zeit“ stattgefunden habe. Die Planung der Stadtführung sei mit Beteiligung der Organisation

„Respekt und Mut“ erfolgt. Die Führung soll in nächster Zeit nochmals angeboten werden.

Herr Dr. Schoell weist darauf hin, dass sich in Urdenbach eine Bürgerinitiative gebildet habe, die sich dafür einsetze, dass die Straßennamen von Kolonialverbrechern umbenannt werden sollen. Die Verwaltung habe die Empfehlung ausgesprochen, sich diesbezüglich an den Rat zu wenden.

Arbeitskreis Gesundheit

Frau Utke gibt bekannt, dass der Caritasverband auf der Klosterstraße 88 ein Projekt „Beethoven“ betreue, welches sich an schwerhörige ältere Bürgerinnen und Bürger richte. Ansprechpartnerin sei Frau Konrad.

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

Herr Pilis berichtet über eine Führung durch den Stadtwald. 80 Prozent der durch den Sturm „Ela“ entstandenen Schäden seien mittlerweile beseitigt worden.

Frau Theuringer regt an, ob die einzelnen Sitzungstermine der Ausschusssitzungen sowie der Sitzungen der Bezirksvertretungen nicht besser koordiniert werden könnten, weil es immer wieder zu Terminüberschneidungen käme.

Herr Buschhausen empfiehlt hierzu, sich die sogenannten „Sitzungszüge“ des jährlichen Sitzungsplanes anzuschauen und sich bei Bedarf mit der Vertretung abzustimmen.

TOP 9

Verschiedenes

Bürgerfragerunde

Herr Mayer fragt nach, ob zukünftig wieder Führungen durch Alteneinrichtungen durchgeführt werden könnten.

Frau Schneider erwidert hierauf, dass in der letzten internen Sitzung des Seniorenrates vereinbart worden sei, Führungen durch das Stammhaus Kaiserswerth sowie die Senioreneinrichtung in Einbrungen zu organisieren.

Ende der Sitzung: 12.20 Uhr

Nächste Sitzung: 27. November 2015

Georg Jungbluth
Vorsitzender des Seniorenrates

Burkhard Hintzsche
Stadtdirektor

Michael Wagner
Schriftführer